

Die Wa in Gefahr

Nach dem Opiumbann droht in der Special Region 2 eine humanitäre Katastrophe

Von Michael Tröster

Myanmar/Burma¹ ist nach Afghanistan der weltweit größte Produzent und Exporteur von Opium, dem Rohstoff, aus dem später Heroin hergestellt wird. Über zwei Drittel der gesamten Produktion stammen aus den Grenzregionen des Shan State im Nordosten Burmas (vgl. UNODC 2005). Die Hauptverantwortung für diesen zweifelhaften Exportrekord wird von ausländischen Beobachtern vor allem einer militärischen Organisation im Herzen des „Goldenen Dreiecks“ zugeschrieben: der United Wa State Army (UWSA). Sie kontrolliert seit 1989 die so genannte „Special Region 2“ (WSR 2) im nordöstlichen Shan State (vgl. nebenstehende Abbildung), in der ein Großteil der Bevölkerung der ethnischen Minderheit der Wa angehört.

Angaben des US State Departments zufolge werden dort 65 Prozent des gesamten Opiums in Burma angebaut (INCSR 2005).² Dies bringt die UWSA in die wenig ruhmreiche Position, bisweilen als „Asia's biggest drug cartel“ oder sogar „largest armed narco-

¹ Im Folgenden wird für das Land die Bezeichnung Burma gewählt. Diese Entscheidung ist keine politische, sondern dient der besseren Lesbarkeit, um ein Springen zwischen den verschiedenen Namen zu vermeiden, die das Land in seiner historischen Entwicklung getragen hat.

² UNODC geht indes davon aus, dass im Jahr 2005 bei nur noch 30 Prozent der gesamten Produktion in der WSR 2 stattgefunden haben (UNODC 2005: 25).

Verwaltungsregionen des Shan-Staates



trafficking group in the world“ tituliert zu werden.

Die Fokussierung der Debatte um die Opiumproduktion auf die Verantwortung der UWSA, die nominal einen großen Teil der WSR 2 kontrolliert, blendet jedoch einen, wenn nicht sogar den wichtigsten Akteur aus: die ländliche Bevölkerung der WSR 2. Denn letztendlich ist sie es, die die Mohnpflanze anbaut, das Opium aus ihren Kapseln erntet und über Zwischenhändler in die weitere Verwertungs- und Vermarktungskette

einspeist. Und es ist auch die Bevölkerung, deren gesamte Existenz vom Anbau dieser Pflanze abhängt. Bei der Suche nach Erklärungen für die hohe Opiumproduktion in der Region müssen daher die Gründe der Zivilbevölkerung für die Produktion verstanden und nachvollzogen werden – und damit auch der besondere Stellenwert, den die Ressource Opium in der heutigen Zeit für die Bevölkerung einnimmt.

Besonders dringlich erscheint eine differenzierte Analyse angesichts

der aktuellen Entwicklungen: Am 26. Juni 2005 hat die UWSA die WSR 2 offiziell für opiumfrei erklärt und ein Verbot für jeglichen Opiumanbau verhängt. Ein solch abrupt erzwungenes Ende der Opiumwirtschaft wird weiten Teilen der Bevölkerung ihre Lebensgrundlage entziehen. Denn für Hunderttausende Bauern ist Opium seit Jahrzehnten die wichtigste Einkommensquelle. Dies war allerdings in der Geschichte der Region nicht immer so. Wie es dazu gekommen ist und welchen Risiken sich die Bevölkerung daher ausgesetzt sieht, wenn der Anbau von nun an als illegal geahndet wird, soll im Folgenden erläutert werden.

Die Wa, ihre „Special Region 2“ und die Entwicklung des Opiumanbaus

Die WSR 2 liegt im nördlichen Shan State zwischen dem Fluss Salween und der Grenze zu China. Die Zahl der in Asien lebenden Wa wird auf etwa 1,5 Millionen geschätzt, die vorwiegend im Nordosten Burmas und Südosten Chinas leben. In der WSR 2 und damit auf burmesischem Territorium leben heute zwischen 600.000 bis eine Million Wa (vgl. Smith 1999: 349; UNODC 2002). Von der historischen Entwicklung unterscheidet sich die WSR 2 von anderen Shan-Staaten aufgrund der langen Tradition weitreichender Autonomie. Die britischen Kolonialherren mieden die von den Wa bewohnte Region wegen ihres abschreckenden Rufs. Denn die „wild Wa“ waren weit über ihre Region hinaus als „Kopfjäger“ bekannt.³

³ Sehr ausführlich behandelt diese Kopfjäger-Tradition die Dissertation von Magnus Fiskesjö (2000). Sie analysiert die soziale und spirituelle Bedeutung der von der Außenwelt als „barbarisch“ empfundenen Tradition und ordnet sie in den historischen und regionalen Kontext ein.

Der britischen Kolonialmacht und namentlich der *East Indian Company* kam bei der Einführung und Verbreitung von Opium als Nutzpflanze in Burma und vor allem den Grenzregionen eine wichtige Rolle zu. Noch bis Mitte des 19. Jahrhunderts waren nicht Opium, sondern Baumwolle, Tee oder auch die Arbeit in Bergminen wichtige „cash crops“ in den ländlichen Gebieten der Wa. Da sich das Gebiet der Wa angesichts der klimatischen und geographischen Bedingungen besonders gut zum Anbau der Mohnpflanze eignet, entwickelte sich diese Region zu Beginn des 20. Jahrhunderts zum „Zentrum des Opiumanbaus in Burma“. In Zeiten wachsender Bevölkerung und angesichts unzureichender Transportmöglichkeiten in den schwer zugänglichen Bergregionen der WSR 2 wurde Opium als Ressource mit hohem Wert bei geringem Gewicht im Laufe der Jahre immer wichtiger.⁴

Ein regelrechter Boom des Opiumanbaus lässt sich nach Ende des Zweiten Weltkriegs beobachten. Dafür sorgte zum einen das „Ka Kwe Ye“ (KKY) -Programm der Regierung, das General Ne Win im Jahr 1963 als Reaktion auf die zahlreichen bewaffneten Auseinandersetzungen im Shan State aufgelegt hatte. Es diente der militärischen Aufrüstung lokaler Milizen, die die *tatmadaw*, die Streitkräfte der Regierung, im Kampf gegen die bewaffneten Armeen des Widerstands unterstützen sollten. Im Gegenzug durften die beteiligten Gruppierungen ihre Gebiete zum Anbau,

⁴ In Abwesenheit einer harten Währung im europäischen Sinne avancierte Opium bald zum wichtigsten Zahlungsmittel. Es bot der ländlichen Bevölkerung außerdem die Möglichkeit, in Abwesenheit eines funktionierenden Finanzsystems Ersparnisse anzulegen und so für unvorhersehbare (Not-)Situationen vorzusorgen.

Handel und Weiterverarbeitung von Opium und Heroin nutzen.

Zwei weitere Faktoren verstärkten diesen Boom: Der „Burmese Way of Socialism“, der infolge der Verstaatlichung privater Geschäfte die Ausdehnung des Schwarzmarktes beförderte und die *Four-Cuts*-Strategie der Regierung, die durch Zwangsumsiedlungen der Bevölkerung gerade im Shan State die Strukturen der auf Reisanbau basierenden traditionellen Lebensweise zerstörte.

Am nachhaltigsten veränderte das Eintreffen der ersten Verbände des Kuomintang (KMT) aus China zu Beginn der 1950er Jahre die Rahmenbedingungen der Opiumproduktion. Dieser verwandelte eine „traditional, small-scale drug production into a large-scale, income-generating enterprise“ (UNODC 2003) mit internationalem Charakter. Diese ob der KMT-Strukturen vorwiegend von Chinesen dominierten Handelsnetzwerke beherrschten noch 1967 etwa 90 Prozent des Opiumhandels (McCoy 1991). So profitierten über Jahrzehnte nicht die Wa selbst, sondern vorwiegend Zwischenhändler, andere Konfliktparteien und kriminelle Netzwerke vom Opiumhandel (TNI 2003).

Noch in den 1980er Jahren kontrollierte die seit den 1960er Jahren in der Region bestimmende Kraft, die *Communist Party of Burma* (CPB), zwischen 50 und 80 Prozent der Opiumproduktion und erzielte ihre Haupteinnahmen durch die Besteuerung des Handels. Dabei etablierte die CPB, in deren militärischem Arm die Wa das größte Kontingent an Soldaten stellten, keine eigenen Handelsstrukturen, sondern bediente sich ebenso der vom KMT etablierten Handelsnetzwerke, die noch heute in ihren Grundzügen fortbestehen.

Nach jahrzehntelangen militärischen Kampfhandlungen in der Region kulminierte die Unzufriedenheit und Kriegsmüdigkeit der Wa im Frühjahr 1989 in einer Abspaltung der bewaffneten Fraktionen der Wa von der CPB. Dieser neue Zusammenschluss wurden am 9. Mai 1989 offiziell als legale Organisation durch den SLORC anerkannt und änderte seinen Namen im November 1989 in *United Wa State Army*. Neuer Chef der Streitkräfte wurde Bao You Chang, der nach 1995 auch die Führung der *United Wa State Party* (UWSP) übernahm.

In geheimen Spitzengesprächen mit dem damaligen Chef des burmesischen Geheimdienstes, Khin Nyunt, wurde sich auf eine Waffenstillstandsvereinbarung geeinigt. Diese besagt zum einen, dass für die Wa die „Special Region 2“ gegründet werden sollte.⁵ Darüber hinaus sollten die Wa ihre Waffen behalten, ihr Gebiet bis zur Verabschiedung einer neuen Verfassung autonom kontrollieren sowie sich uneingeschränkt geschäftlich in Burma betätigen dürfen.

Trotz ihrer explizit unpolitischen Natur hatten die Abkommen weitreichende Auswirkungen auf die Entwicklungen in der Region. Vor allem die Zivilbevölkerung, die am schwersten unter den Kämpfen der vergangenen Jahrzehnte gelitten – und mit dem Opiumanbau zu deren Finanzierung beigetragen – hatte, begrüßte die Vereinbarungen.

Der Opiumanbau aus Perspektive der ländlichen Bevölkerung

Die Jahrzehnte des bewaffneten Konfliktes haben somit nicht nur

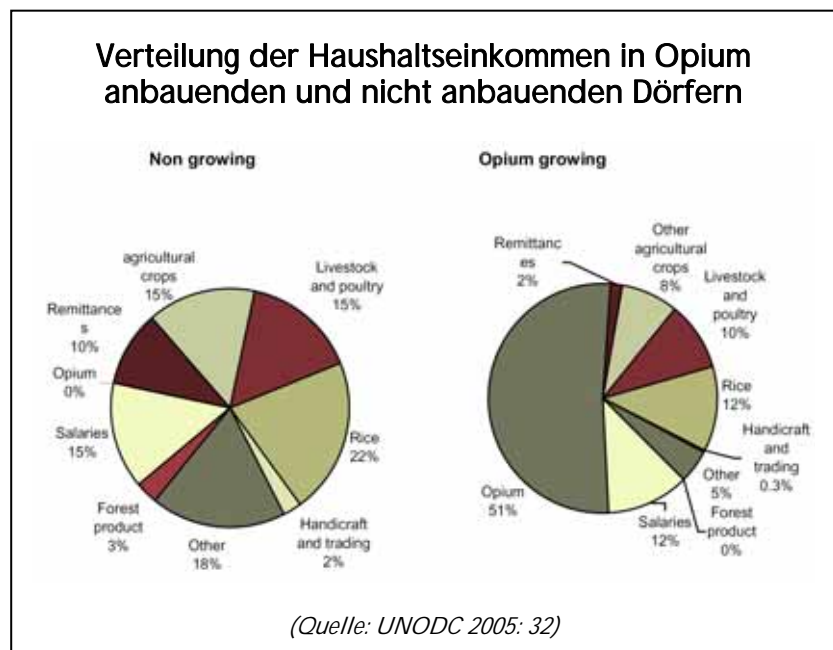
⁵ Das Wort *State* wurde in dieser Formulierung vom SLORC bewusst vermieden.

große Opfer auf Seiten der Zivilbevölkerung gefordert, sondern auch den Aufbau einer funktionierenden und produktiven Ökonomie verhindert. Zudem wurden dadurch wertvolle Ressourcen und potentielle alternative Einkommensquellen zerstört. Die Bevölkerung musste enorme Anpassungsleistungen vollbringen, um unter solchen Umständen überleben zu können.

Erstens waren große Teile der männlichen und überwiegend

Somit stehen Opiumproduktion und Gewaltkonflikte in einer Wechselbeziehung: Einerseits beförderte der Opiumanbau diese Konflikte und ermöglichte deren Finanzierung, andererseits verhinderten bewaffnete Kampfhandlungen die wirtschaftliche Entwicklung der Region und schufen erst die Rahmenbedingungen, die den Opium-Anbau in vielen Gebieten alternativlos machten.⁷

Es ist daher nicht zu erwarten, dass sich die Bevölkerung freiwillig und



landwirtschaftlich tätigen Bevölkerung innerhalb militärischer Strukturen gebunden. Zweitens flohen zahlreiche Bauern und Familien vor den bewaffneten Auseinandersetzungen in entlegene Bergregionen. Infolge dessen konnten sie ihre Felder nicht regulär bewirtschaften, und mussten Alternativen zur traditionellen Landwirtschaft finden, was wiederum zu einem Anstieg der Opiumproduktion führte.⁶

⁶ Viele Dorfgemeinschaften waren damit langfristig zum Bleiben in den Bergregionen, vorwiegend im entlegenen Norden der WSR 2, gezwungen. Dort sind wiederum die Rahmenbedingungen für „legale“ landwirtschaftliche Produkte noch

ohne aussichtsreiche Alternativen von über Jahrzehnten etablierten Strukturen abwendet. Dies ist jedoch keine Entscheidung aus persönlicher Profitgier, sondern der extremen Armut der Menschen in

ungünstiger als im Süden, die Anbaubedingungen für Schlafmohn allerdings besser (vgl. u.a. Brown 1999: 240f).

⁷ Für eine detaillierten Analyse der Wechselbeziehungen zwischen Opiumanbau und Konfliktgeschehen in der WSR 2 seit Mitte des 20. Jahrhunderts und einer Auseinandersetzung mit der These einer „Ökonomisierung“ des Konfliktgeschehens, vgl. Tröster (2004): Ökonomisierung von Konflikten? Der Drogenanbau in der „Wa Special Region 2“ in Myanmar/Burma und seine Bedeutung für das Konfliktgeschehen. Text auf Anfrage beim Autor erhältlich.

der Region geschuldet. In den hochgelegenen Bergregionen der WSR 2 werden zwar im Rahmen traditioneller Subsistenzwirtschaft verschiedene Sorten Hochlandreis angebaut. Die Erträge daraus reichen aber bei weitem nicht aus, um einen Haushalt mit genügend Reis für ein ganzes Jahr zu versorgen (UNODC 2003).⁸ Ohne Rückgriff auf *cash crops* ist in der WSR 2 ein Überleben daher kaum möglich.

Die Bauern verwenden die Erlöse aus Anbau und Handel mit Opium daher zum größten Teil für den Erwerb von Grundnahrungsmitteln. Der Rest der ohnehin spärlichen Einnahmen muss für Medikamente, Kleidung und für die Ausbildung der Kinder ausreichen. In der südlichen Wa Region gaben im Jahr 2004 noch 95 Prozent der Haushalte an, Opium anzubauen, um von den Einnahmen zusätzlich benötigten Reis kaufen zu können.⁹ Im gesamten Shan State waren im Jahr 2005 etwa 193.000 Haushalte von der Opium-Produktion abhängig (UNDOC 2005: 22).¹⁰ Doch nicht einmal unter Rückgriff auf Einkünfte aus dem Opiumanbau besteht in der Region derzeit Nahrungssicherheit für die gesamte Zivilbevölkerung: Von den in der *Myanmar Opium Survey 2005* berücksichtigten Haushalten waren in der WSR 2 89,5 Prozent „food insecure“ (UNODC 2005: 29).

⁸ Die Mehrheit aller befragten Haushalte in der WSR 2 gab noch im Jahr 2005 an, nicht genügend Nahrungsmittel für ein Jahr zu haben. 55 Prozent berichteten von einem Reisdefizit von 3 Monaten, 45 Prozent von einem Defizit zwischen 3 und 12 Monaten. (UNODC 2005: 9)

⁹ Angaben für 2005: 84 Prozent (UNODC 2005: 11).

¹⁰ Im Jahr 2004 lag diese Zahl noch bei 240.000, im Jahr 2003 bei 350.000 Haushalten.

Bisher keine Alternativen zum Opiumanbau

In einer Umfrage des *United Nations Office on Drugs and Crime* (UNODC) bekundeten daher auch 94 Prozent der Landwirte großes Interesse daran, andere Produkte als Opium anbauen zu wollen. Mögliche Alternativen sind aufgrund qualitativ minderwertiger Bodenbeschaffenheit und klimatischer Rahmenbedingungen jedoch begrenzt.¹¹ Erste Schritte auf dem Weg in eine Zukunft ohne Opium gibt es in der WSR 2 dennoch: Die Führung der WSR 2 sucht diese in einer Mischung aus Einkommensdiversifizierung im landwirtschaftlichen Bereich und dem Aufbau eines produzierenden, industriellen Sektors.

So bemüht man sich um die Förderungen alternativer Produkte, die Opium als *cash crop* ablösen sollen. Insbesondere vier Versuche sind hier zu nennen: der Anbau von Tee, Zuckerrohr, Kautschuk und verschiedenen Obstsorten. Für die landwirtschaftliche Produktion und die Vermarktung solcher Produkte fehlt es jedoch weiten Teilen der Bevölkerung an Erfahrung. Entsprechend zeigen die Programme bisher keine nennenswerten Erfolge.¹²

Zudem erschweren die wirtschaftlichen Rahmenbedingungen diesen Prozess: Es existieren weder die

¹¹ Nahezu die Hälfte der südlichen Wa-Region bestehen aus Bergen mit Steigungen zwischen 40 und 50 Prozent. Im nördlichen Teil der Region ist dieser Anteil sogar noch weitaus höher.

¹² So stammt die Geschäftsidee für großflächigen Kautschuk-Anbau von chinesischen Geschäftspartnern, die damit eine Möglichkeit gefunden haben, ihrerseits veraltete Technik profitabel in der WSR 2 abzusetzen. Ähnliche Probleme beschreibt Fiskesjö für Versuche beim Anbau und der Weiterverarbeitung von Zuckerrohr (Fiskesjö 2000: 206) und Tee (ebd.: 184ff).

notwendige Infrastruktur noch die überregionalen Handelsstrukturen für den Export neuer Produkte. Entsprechend zäh sind daher industrielle Expansionsbemühungen, wie sie z.B. mit einer Papier-, Schnaps- oder eine Zigaretten-Fabrik der Marke „Golden Triangle“ unternommen wurden. Probleme bereitet auch die Nähe zum chinesischen Markt: China produziert immer noch günstiger, so dass sich die vergleichsweise teuren Produkte aus der WSR 2 auf dem chinesischen Markt nicht durchsetzen können. Vielmehr verdrängen sogar Artikel aus China viele Erzeugnisse, die in der WSR 2 hergestellt wurden, vom heimischen Markt. Trotz dieser gescheiterten Bemühungen zeigt sich in den letzten Jahren ein beachtlicher Trend in der Opiumproduktion.

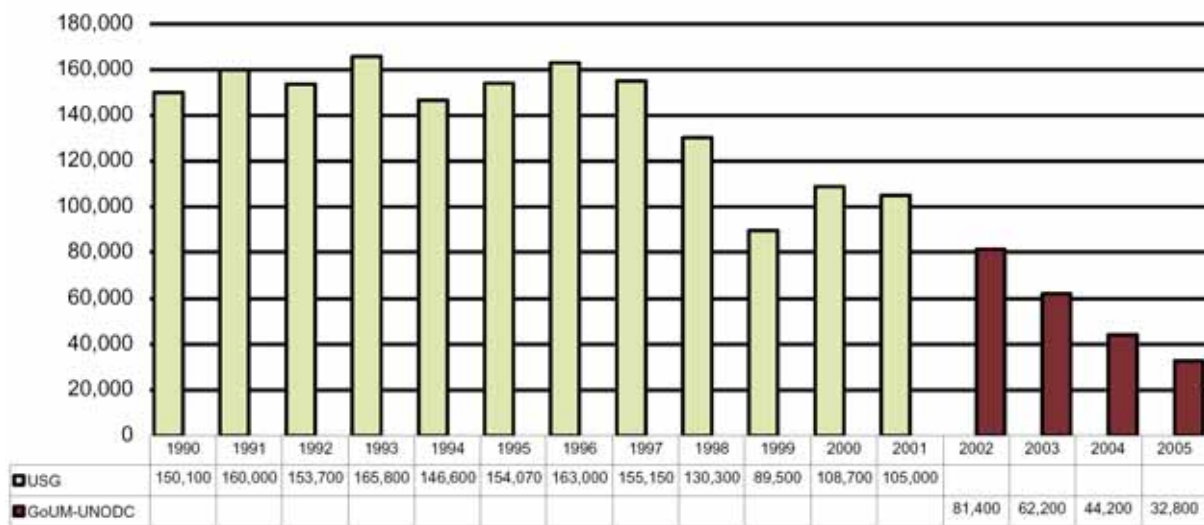
Die Entwicklung der Opium-Produktion seit den 1990er Jahren

Das Ende der bewaffneten Auseinandersetzungen nutzte die Bevölkerung zwar Anfang der 1990er Jahre zunächst für eine Ausweitung ihrer Produktion. Seit dem Höhepunkt der Opiumproduktion im Jahr 1996 ist die Anbaufläche von 163.000 ha jedoch um 80 Prozent auf 32.800 ha im Jahr 2005 gesunken.¹³ Bezogen auf das Volumen bedeutet dies für Burma eine Produktion von 312 Tonnen Rohopium, und damit einen Rückgang um 16 Prozent im Vergleich zum Vorjahr.¹⁴ Pro Kilogramm Opium

¹³ Die amerikanischen Behörden sprechen sogar von einem 89prozentigen Rückgang seit 1996 (INCSR 2005: 1).

¹⁴ Im Vergleich zu 2003 (810 Tonnen) ist die Produktion sogar um 61 Prozent gesunken. Somit ist bei einer 26prozentigen Verringerung der Anbaufläche gegenüber 2004 auch beim produzierten Volumen ein

Opiumanbau in Myanmar/Burma 1990-2005 (in ha)



Eräuterungen: USG – United States Government; UNODC – GoUM – United Nations Office on Drugs and Crime – Government of the Union of Myanmar. (Quelle: UNODC 2005: 9)

wurden dabei ab Erzeuger im Durchschnitt 187 US-Dollar an die Verkäufer bezahlt.

Etwa 96 Tonnen und damit ein knappes Drittel der Gesamtproduktion von 2005 stammen aus der WSR 2. Während jedoch in anderen Regionen des Shan States zwischen 12 und 15 Prozent der Haushalte in die Opiumproduktion involviert sind, liegt diese Zahl für die WSR 2 mit 74 Prozent aller Dörfer allerdings weiterhin an der Spitze.¹⁵ Das durchschnittliche Einkommen für Opium produzierende Haushalte lag 2005 bei 292 US-Dollar.¹⁶ Für diese Haushalte stellen die durchschnittlichen Einkünfte aus dem Opiumverkauf mit 152 US-Dollar etwa 51 Prozent ihres jährlichen Gesamteinkommens dar. In den ländlichen und wirtschaftlich marginalisierten Re-

gionen reicht dies nur knapp zum Überleben.¹⁷

Die Bedeutung des Opiumanbaus ist also im Vergleich zu den anderen Regionen des Shan States in der WSR 2 immer noch besonders groß. Umso mehr stellt sich daher die Frage, warum die Produktion seit 1996 rückläufig ist. Was aus Sicht der internationalen Drogenkontrolle als Erfolgsgeschichte propagiert werden könnte, ruft jedoch selbst auf offizieller Seite Bedenken hervor. So warnte Antonio Maria Costa, der Exekutivdirektor von UNODC, anlässlich der Vorstellung der *Myanmar Opium Survey 2005* vor den Folgen überhasteter Schritte und falscher Vorfreude:

"Some of the poorest people are being affected by the loss of income from drugs as cultivation declines. [...] With the loss of opium

income, poor farmers and their families not only lose their coping mechanism to deal with endemic poverty and a chronic food shortage, they also lose access to health services and to schools. They end up very vulnerable to exploitation and misery – from human rights abuses to enforce the opium bans, to internal displacement or human trafficking to survive the bans."¹⁸

Dass trotz dieser negativen Konsequenzen die Opiumproduktion in der Region weiterhin rückläufig ist, lässt sich auf erhöhten Druck von Seiten der UWSA auf die Bauern in der WSR 2 zurückführen. Was bisher zu beobachten war, sind allerdings nur die Vorboten der dramatischen Konsequenzen, die angesichts der Durchsetzung des geplanten Bans für die Zivilbevölkerung zu befürchten sind.

rückläufiger Trend zu verzeichnen (vgl. UNODC 2005:16).

¹⁵ Im Jahr 2004 traf dies noch auf 95 Prozent aller Dörfer zu.

¹⁶ Zum Vergleich: Im Durchschnitt wird das Einkommen von Opium produzierenden Familien in Afghanistan auf potentiell 3.900 US-Dollar geschätzt (vgl. UNODC 2005a).

¹⁷ Haushalte, die hingegen kein Opium anbauen, erzielten ein durchschnittliches Jahresgesamteinkommen von 364 US-Dollar. Dies weist darauf hin, dass der Opiumanbau keinesfalls mit gesteigertem Reichtum einhergeht, sondern vielmehr auf die Armut der Bevölkerung zurückzuführen ist.

¹⁸ Antonio Maria Costa anlässlich der Vorstellung der *Myanmar Opium Survey 2005* am 1. November in Wien; URL: <http://www.unis.unvienna.org/unis/pressrels/2005/unisnar923.html> (06.11.2005).

Der Opium-Bann 2005

Denn seit dem 26. Juni 2005 ist in der WSR 2 der Anbau von Opium offiziell verboten. Ursprünglich wollte die UWSA das Ende des Opiumanbaus in ihrer Region im Rahmen einer großen Zeremonie anlässlich des internationalen Anti-Drogen-Tags öffentlichkeitswirksam verkünden. Trotz hunderter bereits versendeter Einladungen an Diplomaten und Journalisten musste dieses Ereignis aber kurzfristig abgesagt werden.¹⁹

Ob die Verschiebung der Zeremonie Auswirkungen auf das Erreichen des Ziels einer opiumfreien WSR 2 hat, ist ungewiss. Bisher ist davon auszugehen, dass die UWSA an ihren Plänen festhält – auch wenn sich deren offizielle Vertreter wie auch die Bauern und Familien in der Region der Gefahren bewusst sind. Die eigene Bevölkerung rechnet jedenfalls mit einer uneingeschränkten Umsetzung.²⁰

Für dieses Festhalten an den Plänen ist ein komplexes Gefüge aus nationalen, regionalen, internationalen und persönlichen Faktoren verantwortlich. Nach eigenen Angaben hat die UWSA realisiert, dass das Geschäft mit

¹⁹ Denn nach Pangsan eingeladen hatte zu diesem Event das „Government of the Wa State“. Der SPDC störte sich jedoch an den Worten „Staat“ und „Regierung“ in Verbindung mit der UWSA und sah deren Verwendung als Untergrabung seines uneingeschränkten Autoritätsanspruches für das gesamte Land. Mit der Begründung, dass eine Reise in die Region zur Regenzeit nicht durchführbar sei, wurde die Zeremonie somit auf unbestimmte Zeit verschoben.

²⁰ So erklärte erklärt zum Beispiel Wei Ai Jung, der Chef der UWSA im Distrikt Nam Kham, erst jüngst: "Whether the villagers are happy or not, they have to obey the order." Zitiert nach: Kramer, Tom 2005: A Downward Spiral. Proposed opium bans could spark a humanitarian crisis in Burma's drug-rich north, in: Irrawaddy 13 (10).

Opium und Drogen keinen positiven Einfluss auf die Entwicklung der Region hat.²¹ Gleichzeitig hat sich in den oberen Rängen der UWSA die Erkenntnis durchgesetzt, dass der Anbaustopp nicht ohne externe Unterstützung erfolgen kann. Die jüngsten Schritte können zudem als Versuch interpretiert werden, die durch die Waffenstillstandsvereinbarungen gewonnene politische Eigenständigkeit zu nutzen, um für Sympathie und vor allem Unterstützung der internationalen Gemeinschaft zu werben.²² Mit einer Kombination aus Erfüllung internationaler Forderungen und Formulierung von Entwicklungszielen für ihre Region, konnte Pangsan bereits die Unterstützung des *United Nations Office on Drugs and Crime* in Rangoon gewinnen, mit dem sie unter Einbeziehung des SPDC 1997 eine Vereinbarung hierüber unterzeichnete.

Vor allem ist der Mentalitätswandel der UWSA jedoch auf starken externen Druck zurückzuführen. Dieser kommt einerseits aus Rangoon, wo man von der UWSA die Einhaltung von Zielvereinbarungen erwartet: Bis 2014 soll Burma nach Plänen des *State Peace and Development Council* (SPDC) opiumfrei sein. Zur Erreichung dieses Ziels im Rahmen der ASEAN-Vereinbarungen für 2015 ist der Anbaustopp in der WSR 2 bereits fest eingeplant.

²¹ Gespräch mit Shao Min Liang, Deputy Secretary General of United Wa State Party; Vice Chairman of Wa Regional Authority, in Pangsan / WSR 2, 12. September 2003.

²² Ein Ziel, das der Vorsitzende der UWSA Bao You Chang kompromisslos durchzusetzen will und – höchst medienwirksam – verspricht: „I am ready to chop of my own head if we do not reach our goals“ (TNI 2003: 4). Shao Min Liang erklärt in diesem Kontext: „Only after we eliminate drugs, we can have a good relation to the outside world.“

Schwerer dürfte für die UWSA der Druck aus China wiegen, dem wichtigsten Handels-, Investitions- und vor allem politischen und militärstrategischen Partner der WSR 2 (ICG 2003).²³ Chinas Kritik entzündet sich zum einen an der steigenden Zahl Heroinabhängiger im eigenen Land und den damit einhergehenden Problemen wie z.B. der Zunahme von HIV/AIDS. Für diesen Trend sieht man in Peking besondere Verantwortung im Gebiet der WSR 2, da große Teile des in China gehandelten Heroins dort ihren Ursprung haben. Zum andern wecken die den Drogenhandel bestimmenden kriminellen Netzwerke und die regelmäßigen militärischen Auseinandersetzungen in der Region sicherheitspolitische Bedenken. Da China jedoch an einem größtmöglichen Maß an Stabilität in ihrer unmittelbaren Nachbarschaft gelegen ist, unterstützt es die Schritte Bao You Changs – mitunter auch gegen Kritik aus dessen eigenen Reihen, denen Baos Pläne zu weit gehen.

Kritikern aus dem Ausland geht Bao You Chang wiederum nicht weit genug.²⁴ Bereits im Vorfeld wurden dort die Pläne der UWSA

²³ So gilt in der WSR 2 z.B. der Yuan als offizielles Zahlungsmittel und die Zeitzone der chinesischen Yunnan-Provinz. Koss (2003) beschreibt das Verhältnis der Wa zu China treffend: „The Wa don't seem to have much in common with the Burmese majority far away in the rest of Myanmar. They don't love the ruling generals. They don't love Suu Kyi. They love China and everything Chinese.“ In: *Koss, Mitchell 2003*: Myanmar Tries to Kick its Habit, in: Los Angeles Times, 10. August 2003; URL: http://drugfacts2.blogspot.com/2003_08_01_drugfacts2_archive.html#106106078835021003 (17.06.2004).

²⁴ Vgl. u.a. „Drug-free Goals of the Wa Doubted“, in: *The Nation*, 30. August 2004; URL: <http://www.nationmultimedia.com/page.arcview.php3?clid=11&id=105103&usrses=1> (03.09.2004).

mit großer Skepsis begleitet. Der Anbaustopp wird als reine öffentlichkeitswirksame Maßnahmen kritisiert, um die internationale Gemeinschaft vordergründig zu beruhigen und von persönlichen Geschäftsinteressen abzulenken. Öffentlich manifestierte sich diese Position erneut zu Beginn des Jahres 2005. Nachdem die UWSA bereits 2003 im Rahmen des „Foreign Narcotics Kingpin Designation Act“ gelistet wurde, verurteilte ein Bundesgericht in den USA Bao You Chang sowie sieben weitere Vertreter der obersten Führung der UWSA in Abwesenheit wegen des Anbaus von Opium, der Herstellung und des Vertriebs von Heroin sowie ATS²⁵ in die Vereinigten Staaten.²⁶ Bao wurde mit Blick auf seine Vision, dass die UWSA und ihre Anstrengungen im Kampf gegen Drogen auf Akzeptanz und Anerkennung in der internationale Gemeinschaft stoßen könnten, somit zum wiederholten Mal in die Realität zurückgeholt.

Anders als ihre Bevölkerung habe Kritikern zufolge die UWSA darüber hinaus sehr wohl Alternativen für eine Zeit nach dem Opium: Den Handel mit synthetischen Drogen, kurz ATS. In den letzten Jahren ist die Verbreitung und Produktion solcher Drogen in der Region stark gestiegen. Diese Bedenken sind angesichts der besorgniserregenden Entwicklung in der Region ernst zu nehmen, auch wenn nicht klar zu bestimmen ist, bis zu welchem Grad die UWSA vom Handel damit profitiert und vor allem, inwieweit sie selbst und

²⁵ ATS steht für Amphetamine-type Stimulants.

²⁶ Vgl. „Eight druglords from Myanmar charged in absentia in US“, in: AFP, 25. Januar 2005; URL: <http://www.yuyu.net/burmanet2-1/archive/0744.html> (15.04.2995).

vor allem welche Personen unmittelbar darin involviert sind. Komplette von der Verantwortung dafür freisprechen kann sie sich auf jedem Fall nicht. Die nachhaltige Durch- und Umsetzung eines Opiumsbaus wird daher nur dann gelingen, wenn ein – konstruktiver – Druck auf Bao You Chang insbesondere von Seiten Chinas weiterhin aufrechterhalten wird. Nur dann kann es gelingen, dass die Zielen einer opiumfreien WSR 2 langfristig eine nachhaltige Umsetzung finden.

Gefahren für die ländliche Bevölkerung

Während vielerorts an der Ernsthaftigkeit der Ziele Baos gezweifelt wird, werden nur selten internationale Bedenken bezüglich der humanitären Konsequenzen des Opiumsbaus geäußert. Anlässlich der offiziellen Verkündung dieses Schritt thematisierte Bao You Chang dieses Problem daher selbst: „How are the farmers going to survive after the poppy ban? This is the big question that every level of local authorities encounters.“²⁷ Mit voller Härte wird der verhängte Anbaustopp die Bevölkerung zwar vermutlich erst zu Beginn des Jahres 2006 treffen. So lange können die Bauern noch auf Ersparnisse aus der letzten Ernte zurückgreifen.²⁸

Hinweise auf die Gefahren und konkrete Beispiele für die zu erwartenden Härten gibt es jedoch bereits seit mehreren Jahren. Hier sind zum Beispiel die Umsiedlungsprogramme der UWSA zu nennen. 40.000 bis 50.000 Dorfbewohner, darunter

²⁷ Zitiert nach Kramer (2005).

²⁸ Diese sind indes angesichts der witterungsbedingt schlechten Erträge aus dem Jahr 2004 vergleichsweise spärlich.

ganze Dorfgemeinschaften, wurden bereits aus den Bergregionen im nördlichen Teil der WSR 2 in niedriger gelegene Gebiete und Talregionen der Region umgesiedelt, größtenteils unter Zwang. Dadurch sollten die Bauern die Möglichkeit erhalten, dort andere Produkte als Opium anzubauen. Bis zu einem Drittel der betroffenen Bevölkerung überlebte solche Umsiedlungsmaßnahmen infolge von Krankheiten oder mangelnder Nahrungsmittelversorgung in den ersten Monaten nicht (vgl. UNODC 2003: 13).

Vor Ort fanden die Menschen an ihrem neuen „Zuhause“ zunächst kaum Unterstützung von offizieller Seite, weder beim Aufbau neuer Behausungen noch bei der Etablierung neuer Anbaumethoden und landwirtschaftlicher Erzeugnisse. In einigen wenigen Regionen konnte das vor Ort ansässige *Wa Development Projekt* von UNODC die schlimmsten Folgen der Umsiedlung zwar abmildern; angesichts der großen Anzahl der umgesiedelten Haushalte reichten diese Projekte in ihrer regionalen Reichweite jedoch keinesfalls aus. Verschärfend wirkte sich die – abgesehen von punktueller Unterstützung durch internationale Organisationen – ohnehin desolate medizinische Versorgung in der Region aus. Der Konsum von Opium ist häufig die einzige „Therapieform“, und übrigens in Teilen überhaupt erst ein Grund für dessen Anbau.²⁹ Das Opiat bekämpft allerdings nicht die Ursachen von Krankheiten,

²⁹ So gaben für 2005 26 Prozent der befragten Bauern an, nicht das gesamte Opium zu verkaufen wegen abhängiger Personen in der eigenen Familie aus Gründen der medizinischen Nutzung zum Eigenbedarf. (UNODC 2005: 32).

sondern lindert nur Schmerzen und deren Symptome.

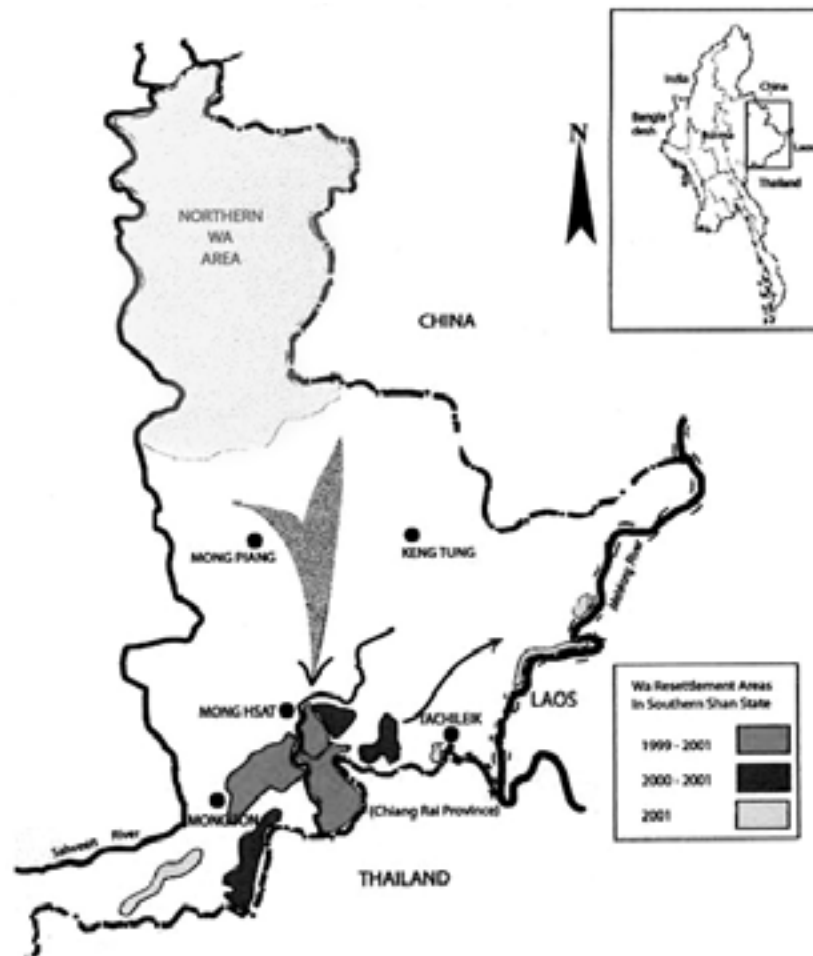
In einigen Fällen lässt sich trotz der enormen Härten für die Bevölkerung eine interessante Entwicklung nach den Umsiedlungen beobachten. Ursprünglich wollten viele der Menschen ihre Lebensräume in den Bergen nicht freiwillig verlassen. Auskünfte einiger Betroffener zeigen jedoch, dass diese nach – teilweise enormen Startschwierigkeiten – die neu gewonnenen landwirtschaftlichen Möglichkeiten in den Tälern zu schätzen begonnen haben – sofern sie und ihre Familien die Umsiedlungsmaßnahmen überlebt haben.

Über 100.000 Wa wurden zudem neue Gebiete außerhalb der WSR 2 in einer Region des südlichen Shan States zugewiesen, dem sog. Southern Military Command (SMC).³⁰ Diese Umsiedlungspolitik in niedriger gelegene Regionen diente aber nicht allein der Drogenbekämpfung, sondern auch der Ausweitung und Konsolidierung des eigenen territorialen wie wirtschaftlichen Einflusses in einer strategisch bedeutsamen Region.³¹ Vor allem dürfte die

³⁰ Diese Region umfasst offiziell die Townships Mongton, Monghsat and Tachilek. Als Gegenleistung für ihre Unterstützung im Kampf gegen die Mong Tai Army (MTA) wird die UWSA seit Ende der 1990er vom SPDC im Gebiet an der thailändischen Grenze geduldet und konnte sich dort mit dem SMC etablieren. Auch die Umsiedlungsmaßnahmen werden vom SPDC toleriert. Diese Politik steht im Zusammenhang mit den Erwartungen des *tatmadaw*, dass die UWSA sie im Vorgehen gegen die Shan State Army (South) unterstützen soll.

³¹ Die *Lahu National Development Organisation* geht von über 120.000 Menschen aus, die allein in den Jahren 1999 – 2001 dorthin umgesiedelt worden sein sollen; vgl. *Lahu National Development Organisation 2002*. Andere Quellen sprechen von über 150.000 Menschen. Die Umsiedlungsmaßnahmen dauern auch im Jahr 2005 noch an.

Umsiedlungsgebiete im südlichen Shan-Staat



Kontrolle der an Thailand angrenzenden Gebiete und damit der Handelswege auf den wichtigen Absatzmarkt Thailand ein signifikanter Auslöser für die Umsiedlungspolitik der UWSA gewesen sein.

Diese Politik zog wiederum Härten für die Bevölkerung nach sich. So waren infolge der umstrittenen Umsiedlungsmaßnahmen Teile der dort lebenden Bewohner gezwungen, ins benachbarte Thailand zu fliehen. Doch auch für die Wa bedeuteten die Umsiedlungen enorme Einschnitte in die gewohnte Lebensweise, denn sie zählen nicht zu den traditionell in den Tälern lebenden „valley-people“. Mit einem Mal sahen sie sich mit neuen klimatischen Rahmenbedingungen in den Tälern kon-

frontierten. So kommt z.B. der Malariaerreger in den hochgelegenen Bergregionen nicht vor, in den heißeren und feuchteren Talregionen ist er dafür weit verbreitet. Die früher in den Bergen lebenden Wa waren damit einer für sie neuen Krankheit unvorbereitet und ungeschützt ausgesetzt. Angesichts fehlender Therapiemöglichkeiten und -erfahrungen überlebten viele Menschen die Umsiedlungsmaßnahmen in die südlichen Gebiete ebenfalls nicht. Die Opferzahlen sind schwer eindeutig zu erfassen, bewegen sich jedoch zwischen 1.000 und 10.000 allein in den ersten Jahren nach den 1999 beginnenden Siedlungsbewegungen.

Neben diesen problematischen Zwangsumsiedlungen sind für die

Zukunft ebenfalls Konsequenzen aus nicht zentral gesteuerten Siedlungsbewegungen zu erwarten, als Reaktion auf oder in Antizipation des Opiumbanns. Gerade die Nachbarstaaten China und Thailand sehen die Gefahr, dass Tausende vom Verhungern bedrohte Wa Zuflucht in den Grenzregionen ihrer Länder suchen. Dies wird insbesondere für die Teile der bereits mehrheitlich von Wa bewohnten Grenzregionen Chinas befürchtet.

Dass solche Erwartungen realistisch sind, haben die Entwicklungen des Jahres 2003 in der Kokang-Region gezeigt, nachdem dort 2002 ein Opiumbann in Kraft getreten war. Daraufhin haben etwa 60.000 Menschen und damit mehr als ein Viertel der Bevölkerung diese Region verlassen. Mehr als die Hälfte der noch dort lebenden Menschen hat lediglich für sechs Monate im Jahr ausreichend Nahrung. Darüber hinaus mussten z.B. 30 Prozent aller lokalen Schulen schließen, was 6.000 Kindern den Zugang zu Bildung entzog und damit weniger als die Hälfte der Kinder im Vergleich zu 2003 die Schule besuchten (vgl. TNI 2005).

Angesichts der noch immer zentralen Bedeutung der Opiumwirtschaft droht auch der WSR 2 eine solche humanitäre Katastrophe, wenn der Opiumbann trotz des gegenwärtig unzureichenden Vorbereitungsstandes kompromisslos umgesetzt wird. Daher warnt auch Jean-Luc Lemahieu, der Leiter des UNODC-Programms in Rangoon, dass der von der UWSA geplante Schritt zu verfrüht sei. Den Behörden in der Region fehlt die Kapazität und Erfahrung, um rechtzeitige Vorkehrungen für humanitäre Notsituation zu treffen. Auch sind

die Schaffung landwirtschaftlicher Alternativprodukte, industrielle Expansionsbemühungen wie auch die Umsiedlungspolitik bisher unzureichend, um den Wegfall von Opium als Einkommensquelle zu kompensieren.

Die WSR 2 steht in Zukunft vor einer doppelten Herausforderung: Kurzfristig bedarf es der Unterstützung der Familien und Haushalte, die ihre primäre Einkommensquellen aufgrund des Opiumbanns verlieren werden oder bereits verloren haben. Dies erfordert zunächst direkte Nahrungsmittelhilfe für Risikogruppen und die Etablierung von „*food-for-work*“-Programmen. Mittel- bis langfristig müssen nachhaltige Einkommensquellen als Alternativen zum Opiumanbau gefunden und geschaffen werden. Unterstützung wird beispielsweise bei der Errichtung von Bewässerungssystemen für Felder, der tierärztlichen Versorgung von Nutztieren, dem Aufbau und der Fortentwicklung eines medizinischen Versorgungssystems, dem Ausbau und der Verbesserung des Bildungssystems sowie für Programme im Mikro-Finanzwesen benötigt, um nur einige zentrale Punkte zu nennen. Nur so lässt sich vermeiden, dass die Abhängigkeit vom Opium durch eine Abhängigkeit von internationaler Hilfe ersetzt wird.

Aus diesem Grund unterstützt UNDOC die Region bereits seit 1998 im Rahmen ihres alternativen Entwicklungsprojekts. Damit wurden zu Beginn des Jahres 2004 aber lediglich etwa 45.000 Menschen erreicht – und damit weniger als 10 Prozent der Gesamtbevölkerung in der WSR 2. In Antizipation der ab 2006 drohenden Risiken wurde das Projekt mittlerweile auf die gesamte Wa-Region erweitert und

bis 2007 verlängert.³² Angesichts der Herausforderungen der kommenden Monate wurde auf Initiative von UNODC die *Kokang and Wa Initiative* (KOWI) ins Leben gerufen, in deren Rahmen insgesamt 18 Partnerorganisationen ihre Aktivitäten koordinieren.³³ Damit sollen in beiden Regionen Angebote und Alternativen für die Bevölkerung geschaffen werden, damit sie auch ohne den Opiumanbau überleben kann. All diese Schritte sind zwar begrüßenswert, aber zum gegenwärtigen Stand in ihrem Umfang bei Weitem nicht ausreichend.

Weitergehendes Engagement der internationalen Gemeinschaft gefordert

Wie die historische Entwicklung zeigt, waren Drogen und Opium nicht immer die Haupteinkommensquelle der Wa. Zwar hat der Opiumanbau eine lange Tradition in der Region. Erst durch externe Einflüsse, die Einbettung in internationale Handelsstrukturen und mehrere Jahrzehnte geprägt durch bewaffnete Konflikte erlangte der Handel die Bedeutung, die er heute hat, und verdrängte aufgrund seiner enormen Lukrativität alternative

³² Bereits im August 2003 hat zudem das World Food Programme begonnen, die in der Region verbliebenen Opiumbauern mit Nahrungsmitteln zu versorgen. Im Rahmen des „*Yong Kha Development Project*“ erhält die WSR 2 zudem Unterstützung in Höhe von 20 Millionen Baht von Seiten der Thailändischen Regierung, vermittelt unter Beteiligung des damals noch amtierenden Premierministers Khin Nyunt.

³³ Neben Japan und Italien als Partner der ersten Stunde unterstützen diese Initiative auch Deutschland, Australien, die Europäische Kommission mit ECHO, sowie Neuseeland, Schweden, die Schweiz und Großbritannien.

Einkommensquellen und landwirtschaftliche Produkte.

Zum Teil ist sicherlich auch Kritik an der Rolle UWSA in diesem komplexen Gefüge berechtigt.³⁴ Dennoch ist zu bedenken, dass die Zuweisung von Verantwortlichkeiten im Drogenhandel in der Region in einem höchst politisierten Umfeld und allzu häufig recht undifferenziert und willkürlich erfolgt. Fest steht: Keiner der beteiligten Fraktionen kann nach Jahrzehnten des bewaffneten Konflikts seine Mitverantwortung leugnen – auch nicht für den Drogenhandel und die diesen begünstigende grenzüberschreitende Korruption. Die gesamte Bevölkerung der WSR 2 für das Fehlverhalten einzelner Personen aus dem Kreis der UWSA in Sippenhaft zu nehmen und diese dafür mitverantwortlich zu machen, ist jedoch aus humanitärer Sicht unverantwortlich.

Ein Ausweg kann nur gefunden werden, wenn die Bedürfnisse der Bevölkerung angemessen berücksichtigt werden. Dies bedeutet für die Zukunft auch, ihre Interessen in die Entscheidungsfindung einzubeziehen. Denn unbestritten ist die Lösung des Drogenproblems eine der zentralen Fragen für die Stabilität und damit die Zukunft des Landes. Ein kompromissloses Drängen auf die Einhaltung von Deadlines gefährdet aber nicht nur die Menschen, sondern eben genau jene noch junge und ohnehin fragile Stabilität in der Region.

Daher sollte die heute bevorstehende humanitäre Krise die internationale Gemeinschaft dazu bewegen, ihre Position noch einmal zu überdenken. Unter den

³⁴ Für eine ausführliche Auseinandersetzung mit der Rolle der UWSA im Handel mit Opium und ATS in der WSR 2 sowie dem SMC, vgl. Tröster (2004: 42–70).

gegeben Umständen würde niemand von einem Opiumbann profitieren: Das Opiumangebot auf den regionalen und internationalen Märkten würde sich ohne die Schaffung von Alternativen für die Produzenten kurz- bis mittelfristig wieder stabilisieren, da die betroffenen Bauern aufgrund des enormen ökonomischen Drucks auf andere Gebiete ausweichen würden. Ein solcher „Ballon-Effekt“³⁵ war bereits im Kachin-State nach dem Opiumbann in der Kokang-Region zu beobachten. Die Frage einer internationalen Unterstützung im Transitionsprozess ist somit nicht nur eine humanitäre, sondern auch eine der Ausgestaltung einer international erfolgreichen Drogenkontrolle.

Daher sollte das Ziel für die WSR 2 eine schrittweise Reduzierung des Anbaus sein, die mit einer graduellen Schaffung von Alternativen einhergehen muss. Dies kann nicht von heute auf morgen erfolgen. Beide Entwicklungen müssen Hand in Hand verlaufen. Die Erfahrungen in Thailand haben gezeigt, dass ein Überleben der ländlichen Bevölkerung ohne Opium möglich ist, wenn die entsprechenden Rahmenbedingungen geschaffen werden. Für diesen Prozess wurden jedoch in Thailand über 40 Jahre benötigt. Die WSR 2 ist in ihren Strukturen noch lange nicht soweit.

Daher wäre es vermessen, angesichts des Anbaurückgangs in der Region zum jetzigen Zeitpunkt be-

³⁵ Gemeint ist folgender Effekt: Wird ein Ballon an einem Ende zusammengedrückt, verschiebt sich sein Inhalt an ein anderes Ende, das Gesamtvolumen bleibt hingegen gleich. Ähnliches wird für die WSR 2 befürchtet, nämlich dass sich nach zu starkem „Druck“ und damit einer Umsetzung des Opiumbanns die Produktion in andere Regionen des Landes bzw. der Grenzregionen verlagert und dort steigen könnte.

reits von einem Sieg im Sinne der internationalen Drogenkontrolle zu sprechen, befindet auch Jean-Luc Lemahieu:

„If we claim a 'victory' because of the opium reduction, but on the other hand we have more internally displaced people, more human trafficking, more poverty and less food and security, then we have really failed as the international community. The crucial issue is now: Are we going to be fast enough in providing the basic human needs for the people?“³⁶

Ist die internationale Gemeinschaft zu langsam, könnte der dargestellte Produktionsrückgang zu einer kurzen Episode in der Geschichte der Region werden. Dies wäre nicht viel mehr als ein fragwürdiger Teilerfolg – noch dazu ein verhängnisvoller für die Zivilbevölkerung. Das kritische Ausland darf sich in Zukunft nicht mehr nur darauf beschränken, von den Wa den Bruch mit einer Jahrzehnte alten Tradition und letztlich mit ihrer Lebensgrundlage zu fordern, nur damit die – für die dort lebenden Menschen äußerst abstrakten – Ziele der internationalen Gemeinschaft erfüllt werden. Letztere muss ihrerseits stärkeres Entgegenkommen demonstrieren und die betroffenen Menschen auf dem vor ihnen liegenden Weg unterstützen.

Die erfolgversprechendste – und vor allem einzig humane Lösung – für die WSR 2 läge daher in einer Kombination aus einer Lockerung der Deadline unter Aufrechterhaltung konstruktiven Drucks und einer Aufstockung humanitärer Hilfe. Was die Weltbank in diesem Zusammenhang für Afghanistan formuliert hat, gilt ebenso für

³⁶ Jean-Luc Lemahieu in einem Interview mit der *Bangkok Post*, November 2005; URL: http://www.bangkokpost.com/Perspective/27Nov2005_pers02.php (27.11.2005).

Burma und sollte auch für die WSR 2 berücksichtigt werden: "[T]here is a moral, political and economic case for having alternative livelihoods programs in place before commencing eradication"³⁷. Dies verlangt ein stärkeres Engagement der internationalen Gemeinschaft – und vor allem den politischen Willen dazu. Viel Zeit zu handeln bleibt ihr nicht mehr.

Litertur

- *Brown, Catherine 1999*. Burma: The Political Economy of Violence, in: *Disasters* 23 (3), 234–356.
 - *Fiskesjö, Nils Magnus Geir 2000*. The Fate of Sacrifice and the Making of Wa History (China, Burma). A Dissertation Submitted to the University of Chicago, Faculty of the Division of Social Science Department of Anthropology and the Faculty of the Division of the Humanities Department of East Asian Languages and Civilization, in Candidacy for the Degree of Doctor of Philosophy. Zu beziehen über: UMI Dissertation Service, No. 9959092; URL: <http://www.lib.umi.com/dxweb>.
 - *Hingst, Rene 2000*. Burma im Wandel. Hindernisse und Chancen einer Demokratisierung in Burma/Myanmar. Berliner Südostasien-Studien, Band 2, Berlin.
 - *International Crisis Group (ICG) 2003*. Myanmar Back-
- grounder: Ethnic Minority Politics. Asia Report No. 52, 7. Mai 2003, Brüssel; URL: http://www.icg.org/library/documents/report_archive/A400967_07052003.pdf (10.05.2004).
- *Lahu National Development Organisation (LNDO) 2002*. Unsettling Moves. The Wa Resettlement Program in Eastern Shan State (1999–2001), Chiang Mai, April 2002; URL: <http://www.shanland.org/HR/Publication/wa/content.htm> (18.09.2004).
 - *Lintner, Bertil 1994*. Burma in Revolt. Opium and Insurgency Since 1948, Boulder.
 - *McCoy, Alfred 1992*. Heroin as a Global Commodity. A History of Southeast Asia's Opium Trade, in: McCoy, Alfred/Block, Alan (Hg.): *War on Drugs. Studies in the Failure of U.S. Narcotics Policy*, Boulder, 237–280.
 - *Sherman, Jake 2003*. Burma: Lessons from the Cease-Fires, in: Ballentine, Karen/Sherman, Jake: *The Political Economy of Armed Conflict*, Boulder/London, 225–283.
 - *Smith, Martin 1999*. Burma: Insurgency and the Politics of Ethnicity, Dhaka.
 - *Transnational Institute (TNI) 2003*. Drugs and Conflict in Burma (Myanmar). Dilemmas for Policy Responses. TNI Briefing Series No. 2003/7, Debate Paper No. 9, December 2003, Amsterdam.
 - *TNI 2005*. Downward Spiral. Banning Opium in Afghanistan and Burma. TNI Briefing Series No. 2005/2, Debate Paper No. 12, Amsterdam June 2005.
- *Tröster, Michael 2004*. Ökonomisierung von Konflikten? Der Drogenanbau in der „Wa Special Region 2“ in Myanmar/Burma und seine Bedeutung für das Konfliktgeschehen. Unveröffentlichte Arbeit (119 Seiten), auf Anfrage beim Autor erhältlich.
 - *UNODC 2003*. Report of the Joint Kokang-Wa Humanitarian Needs Assessment Team: Replacing Opium in Kokang and the Wa Special Regions, Shan State, Myanmar, März 2003, Yangon.
 - *UNODC 2005*. Myanmar Opium Survey 2005, October 2005, Rangoon.
 - *US Department of State (INCSR) 2005*. International Narcotics Control Strategy Report 2005, Washington, 2005; URL: http://www.ncgub.net/Int'l_Prozent20Action/INCS_Prozent20Report_Prozent202005.htm (14.08.2005).
- Michael Tröster ist Politikwissenschaftler und führte 2003 im Rahmen eines Praktikums im United Nations Office on Drugs and Crime (UNODC) in Rangun zahlreiche Interviews in der WSR 2 durch, deren Ergebnisse in den Text eingeflossen sind. Seine Diplomarbeit „Ökonomisierung von Konflikten? Der Drogenanbau in der „Wa Special Region 2“ in Myanmar/Burma und seine Bedeutung für das Konfliktgeschehen“ sowie eine umfangreiche Literaturliste zum Thema werden auf Wunsch gerne zur Verfügung gestellt.*
- Email: michael_troester@web.de.*